

103/E/XXIII.GP

Entschließung

des Nationalrates vom 25.9.2008

betreffend die Stärkung der sozialen Dimension der europäischen Integration

Die Bundesregierung wird ersucht, sich mit Nachdruck für eine Vertiefung der sozialen Dimension und des sozialen Zusammenhalts in den Politiken der EU einzusetzen. Wirtschaftswachstum, Beschäftigung, soziale Sicherheit sowie die Sicherung öffentlicher Dienstleistungen sollen gleichrangige Ziele neben wirtschaftlicher Integration und Geldwertstabilität sein.

Die Bundesregierung wird ersucht, sich für eine koordinierte makroökonomische Politik auf europäischer Ebene unter Einbeziehung der EZB und der Sozialpartner zumindest im Euro-Raum einzusetzen.

Die Bundesregierung wird ersucht, sich angesichts der internationalen Finanzmarktkrise und ihrer negativen Folgen für Wachstum und Beschäftigung für ein koordiniertes Konjunkturprogramm in der EU mit den Schwerpunkten Infrastrukturinvestitionen, Forschung und Entwicklung mit dem Ziel höherer Beschäftigung einzusetzen.

Die Bundesregierung wird ersucht, der verbreiteten Skepsis gegenüber der EU in Österreich durch konsequente Einbindung der Bevölkerung in die europäische Politik zu begegnen. Kontinuierliche Information, die in der Schule beginnen soll sowie der intensive offene und engagierte Diskurs mit den Österreicherinnen und Österreichern und die Möglichkeit, stärker gestaltend in die EU-Politik einzugreifen, sollen auch dazu beitragen, den Sorgen und der Verunsicherung der Menschen zu begegnen.